

Beschluss des Landrates vom 17.05.2018

Nr. 2051

19. Fragestunde der Landratssitzung vom 17. Mai 2018 2018/420; Protokoll: vc

1. Lucia Mikeler Knaack: Gewalt an SeniorInnen

Pia Fankhauser (SP) möchte mit ihrer Zusatzfrage Folgendes in Erfahrung bringen: *Ist es bei der Ombudsstelle in jüngster Zeit zu vermehrten Meldungen gekommen in Zusammenhang mit Personalmangel?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verneint dies, stellt aber in Aussicht, die entsprechenden Zahlen anzufordern.

2. Rahel Bänziger: Wo bleibt der überfällige Schweizer Lärmnachweis?

Rahel Bänziger (Grüne) ruft in Erinnerung, dass man seit 2016 auf den Lärmnachweis warte und betont – angesichts der Tatsache, dass der Lärmnachweis heute noch nicht vorliege – dass in dieser Sache die Geduld strapaziert werde. Die erste Zusatzfrage lautet: *Was ist so kompliziert, dass diese Daten vom DGAC nicht aufbereitet werden können, wäre es besser, die Aufbereitung der Daten in die Hände des BAZL zu legen?* Schliesslich ist bereits eine ganze dreijährige Nachweisperiode übersprungen worden. Die zweite Zusatzfrage zielt auf die Bedeutung des Departementswechsels des EAP ab: *Hat der Wechsel in die VGD mit den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Fluglärms zu tun?*

Klaus Kirchmayr (Grüne) [ergreift ein Handmikrofon] ruft in Erinnerung, dass dieses Lärmkataster eine Verpflichtung darstelle. Er stellt folgende Zusatzfrage: *Gibt es nächstens eine Handreichung der Regierung, wie man sich als Parlamentarier verhalten solle, wenn diese Verpflichtung nicht eingehalten wird?*

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) möchte vor der Antwort der Regierung noch kurz erklären, weshalb Klaus Kirchmayr ein Handmikrofon benutzt: Er hat eine Tonsörung. [Grosses Gelächter] – Die Präsidentin hofft, dass das Tischmikrofon bei der nächsten Sitzung wieder funktioniere.

Antworten: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) führt aus, man habe beim BAZL Rücksprache genommen, wo man in Aussicht gestellt habe, dass die DGAC bald liefere. In Bezug auf die Zusatzfrage von Klaus Kirchmayr ist zu sagen, dass der Dienstweg für Fragen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im nationalen Kompetenzbereich Frankreichs relativ kompliziert ist und sich kaum per Motion oder Ähnlichem beschleunigen lässt. Die Regierung versucht aber, hier Transparenz herzustellen und zu berichten. Die jetzige Departementszugehörigkeit des EAP macht Sinn – angesichts des Spannungsfelds zwischen volkswirtschaftlichem Nutzen und Gesundheitsschutz der Bevölkerung.

3. Christoph Buser: Güterverlad am Basler Rheinhafen: Geplante Verlagerung auf die Schiene

Keine Zusatzfragen.

4. Adil Koller: Unbewilligte Baustellenarbeit am Tag der Arbeit

Adil Koller (SP) bemerkt, dass es sich beim Jahr 2018 um ein spezielles Jahr handeln müsse, wenn statt der üblichen vier bis sechs nachträglichen Bewilligungen in einem Jahr 13 nachträgliche Bewilligungen an nur einem Tag hätten ausgestellt werden müssen. Er stellt folgende zwei Zusatzfragen: *Wird damit das Bewilligungsverfahren nicht ad absurdum geführt? Und mit welcher Begründung würden solche Bewilligungsgesuche allenfalls abgelehnt?*

Antworten: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) räumt ein, dass eine nachträgliche Bewilligungspraxis nicht zum Standard werden dürfe; in einem komplexen Baustellenablauf könne dies aber durchaus nötig werden, umso mehr als es sich beim 1. Mai nicht in allen Kantonen um einen offiziellen Feiertag handle. Abgelehnt werden Bewilligungen, respektive gebüsst wird, wenn rechtliche Bedingungen nicht erfüllt werden.

5. Miriam Locher: Mailversand der Starken Schule

Miriam Locher (SP) bezieht sich auf die Aussage, dass Personen, die keine Mails wünschen, nicht mehr bedient würden – dies stimmt so nicht. Die Rednerin weiss von verschiedenen Personen, die mitgeteilt haben, dass sie keine Mails mehr wünschen und trotzdem weiterhin wiederholt angeschrieben wurden. In der Antwort auf die dritte Frage wurde die Prüfung einer Sperrung in Aussicht gestellt; das führt zur Zusatzfrage: *Heisst das jetzt, dass eine solche Prüfung vorgenommen wird?*

Roman Brunner (SP) stellt eine Zusatzfrage: *Ist es also künftig auch Parteien wieder erlaubt, solche Mailings durchzuführen?*

Jan Kirchmayr (SP) stellt eine Zusatzfrage: *Wann ist von der Bildungsdirektorin eine solch deutliche Verurteilung von Massenmails zu vernehmen wie vor zwei Jahren vom baselstädtischen Bildungsdirektor?*

Stefan Zemp (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Warum wird das kantonale Benutzerreglement Informatikmittel nicht umgesetzt, und besteht für die Starke Schule Baselland eine Ausnahmeregelung?*

Christoph Hänggi (SP) nimmt Bezug auf die Zusatzfrage seines Vorredners und stellt angesichts der Feststellung, das kantonale Benutzerreglement gelte aktuell nicht für die Schule, die Zusatzfrage: *Gibt es denn überhaupt ein geltendes Reglement?*

Antworten: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bestätigt, dass die erwähnte Informatikverordnung für die Schulen tatsächlich nicht gelte. Die Verordnung kann nicht gelten, weil die Lehrkräfte zwar kantonale Mailadressen haben, aber oftmals private Geräte benutzen. Die Frage der Verwendung und Entschädigung privater Geräte wird momentan geprüft. Momentan sind die Schulen aber noch explizit ausgenommen vom Benutzungsreglement – von einer Sonderlösung für das Komitee Starke Schule kann deshalb keine Rede sein. Bezüglich Massenmails von Parteien ist 2015 eine höfliche Aufforderung ergangen, dies zu unterlassen. Die starke Schule hat mehrmals versichert, dass Personen, welche keine Mails wünschen, von der Liste gelöscht werden. Weitergehende Fragen sollen doch an Jürg Wiedemann als Vertreter des Komitees gerichtet werden.

Regina Werthmüller (parteilos) stellt folgende Zusatzfrage: *Hat die Regierung von der Tatsache Kenntnis, dass die Starke Schule mit 1'906 Mails nur einen Bruchteil der Baselbieter Lehrpersonen anschreibt und dass das Komitee nichts dafür kann, so viele Mitglieder und Sympathisanten zu haben – auch wenn es Schulleitungen gibt, die sich darüber ärgern?*

Miriam Locher (SP) weiss von Personen, die trotz Meldung mehrfach weiterbedient worden seien, und stellt eine zweite Zusatzfrage: *Wie gedenkt der Regierungsrat zu reagieren, kann man der Starke Schule die Auflage machen, dass sie Privatadressen verwendet?*

Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) stellt eine Zusatzfrage: *Ist Regierungsrätin Monica Gschwind bereit, Miriam Locher aufzufordern, diejenigen Personen bekanntzugeben, die trotz mehrfachen Löschantrags weiter bedient würden?*

Paul R. Hofer (FDP) stellt folgende Zusatzfrage: *Hat die Regierung Kenntnis davon, dass vom Komitee «Abschaffung Bildungsrat Nein» auch alle Lehrpersonen angeschrieben wurden?*

Antworten: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) verneint die letzte Frage – davon habe sie keine Kenntnis. Zur Frage von Regina Werthmüller führt die Regierungsrätin aus, dass die Starke Schule die entsprechenden Zahlen offen gelegt und dass sich bestätigt habe, dass nur ein Bruchteil der Lehrpersonen angeschrieben worden ist. An die Adresse von Miriam Locher wird ausgeführt, dass zur Ergreifung von Sanktionen keine rechtlichen Grundlagen bestehen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
